

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)

Der Bundesrat hat in seiner 785. Sitzung am 14. Februar 2003 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

I.

Der Bundesrat stellt fest, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf inhaltlich mit dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 1. März 2002 identisch ist, der bereits Gegenstand der Beratungen des Bundesrates am 22. März 2002 (Bundesrats-Drucksache 157/02) war. Dieses Gesetz hat nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht die Zustimmung des Bundesrates gefunden.

II.

Bei dieser Sachlage ist eine erneute detaillierte Stellungnahme des Bundesrates nicht angebracht. Der vorliegende Gesetzentwurf bedarf insgesamt einer umfassenden Überarbeitung in den Bereichen Zuwanderung und Integration. Hierzu fordert der Bundesrat die Bundesregierung mit Nachdruck auf, in den weiteren parlamentarischen Beratungen einen von einer breiten Mehrheit getragenen Konsens zu suchen.